

Inhaltsübersicht

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Inhaltsverzeichnis</i>	IX
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXV
<i>Verzeichnis der Muster</i>	XXXI
Teil 1 Das Mandat des Strafverteidigers	1
Teil 2 Verteidigung im Ermittlungsverfahren	88
Teil 3 Verteidigung im Zwischenverfahren	183
Teil 4 Verteidigung in der Hauptverhandlung	195
Teil 5 Strafbefehlsverfahren und beschleunigtes Verfahren	355
Teil 6 Verteidigung im Rechtsmittelverfahren	368
<i>Literaturverzeichnis</i>	401
<i>Stichwortverzeichnis</i>	415

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Inhaltsübersicht</i>	VII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXV
<i>Verzeichnis der Muster</i>	XXXI

Teil 1

Das Mandat des Strafverteidigers

I. Der Wahlverteidiger	1
1. Der Abschluss des Anwaltsvertrages	1
2. Berufsrechtliche Pflichten bei der Mandatsübernahme	2
3. Die Vollmacht	2
4. Mandantendaten	4
5. Daten der Verfahrensbeteiligten	5
6. Erklärungen über die Entbindung von der Schweigepflicht	5
7. Mandatsbedingungen	6
8. Die Vergütung	8
9. Die Ablehnung des Mandates	10
a) Mandatsablehnung wegen des Gegenstandes des Mandates?	10
b) Mandatsablehnung wegen der dem Verteidiger intern offenbaren Schuld des potentiellen Mandanten?	11
c) Exkurs: Aufgaben der Strafverteidigung im Gefüge des Strafverfahrens	12
aa) Verteidiger als Garant für ein faires, rechtsstaatliches Verfahren	12
bb) Der Verteidiger als streng parteilicher Beistand und der Zweifelssatz	13
cc) Fazit	14
d) Mandatsablehnung aus rechtlichen Gründen	15
e) Mandatsablehnung aus anderen Gründen	15
10. Die Vertragspflichten des Verteidigers	16
a) Die Sachaufklärungspflicht	16
b) Die Pflicht zur Akteneinsicht	17
c) Pflicht des Verteidigers zu eigenen Ermittlungen?	17

d) Die Pflicht zur umfassenden Rechtsprüfung	17
e) Beratungs- und Belehrungspflicht	18
11. Die zivilrechtliche Haftung des Strafverteidigers	19
II. Die Pflichtverteidigung	21
1. Das Wesen der Pflichtverteidigung	21
2. Der Zustand der Pflichtverteidigung	23
3. Die Fälle der notwendigen Verteidigung	24
a) Der Katalog des § 140 Abs. 1 StPO	24
b) Die notwendige Verteidigung nach der Generalklausel des § 140 Abs. 2 StPO	26
aa) Die Schwere der Tat	26
bb) Schwierigkeit der Sach- oder Rechtslage	28
cc) Exkurs: Das „Recht“ des Beschuldigten aus § 147 Abs. 7 StPO	28
dd) Verteidigungsunfähigkeit	29
ee) Notwendige Verteidigung im Jugendstrafverfahren	30
4. Die Bestellung des Pflichtverteidigers	31
a) Die Auswahl des Verteidigers	31
aa) Interessenkollision als „wichtiger Grund“	32
bb) Der „auswärtige“ Pflichtverteidiger	33
cc) Das Problem des „Zwangsverteidigers“	33
dd) Die Auswahl des Pflichtverteidigers bei fehlender Be- zeichnung durch den Angeklagten	34
b) Rückwirkende und stillschweigende Bestellung des Pflicht- verteidigers?	36
5. Die Rücknahme der Bestellung aus „wichtigem“ Grund	37
a) Rücknahme der Bestellung wegen „Missbrauchs“ prozessua- ler Rechte	37
b) Rücknahme der Bestellung aus „wichtigem Grund“ wegen Terminskollision	39
c) Der vom Beschuldigten gewünschte Pflichtverteidigerwech- sel	41
aa) Einseitig gewünschter Pflichtverteidigerwechsel	41
bb) Auswechslung des „aufgedrängten“ Pflichtverteidigers ..	41
cc) Beidseitig gewünschter Pflichtverteidigerwechsel	42
6. Zeitpunkt der Bestellung – Bestellung im Ermittlungsverfahren ..	42
a) Die Ansicht des BGH	43
b) Kritik	43
7. Rechtsmittel gegen Entscheidungen über die Verteidigerbestel- lung	45

III. Zulässiges und unzulässiges Verteidigerhandeln	46
1. Einleitung	46
2. Die rechtliche Stellung des Verteidigers	47
a) Die Organtheorie	47
b) Die eingeschränkte Organtheorie	49
c) Parteiinteressenvertretertheorie (auch Vertragstheorie)	49
d) Fazit	50
3. Die Kasuistik der h.M. hinsichtlich der Strafvereitelung gem. § 258 StGB und verwandter Delikte	50
a) Grundsätzliches	50
aa) Auskunft	50
bb) Beratung	51
cc) Kontakt mit dem inhaftierten Mandanten	52
dd) Information des Mandanten über den Akteninhalt	52
b) Kontakt zu Zeugen und Strafantragsberechtigten	54
c) Unterdrückung, Verfälschung und Vernichtung von Sachbeweisen	55
4. Ehrdelikte	56
a) Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG	56
aa) Werturteile	57
bb) Tatsachenbehauptungen	57
cc) Vermischung von Tatsachen und Werturteilen	58
b) Schranken der Meinungsfreiheit	58
c) Wahrnehmung berechtigter Interessen gem. § 193 StGB	59
d) Sachlichkeitsgebot gem. § 43a Abs. 3 BRAO	60
e) Fazit	60
5. Geldwäsche durch die Annahme von Verteidigerhonorar	61
a) Ansatzmöglichkeiten zur Begrenzung des Tatbestands	61
aa) Tatbestandslösung	61
bb) Vorsatzlösung	62
cc) Rechtfertigungslösung	63
b) Keine Einschränkung der Verteidigerstrafbarkeit nach der Rspr. des BGH	63
c) Die Korrektur durch das BVerfG	64
6. Verteidigerausschluss gem. §§ 138a ff. StPO	64
a) Anwendungsbereich der Regelungen des Verteidigerausschlusses	64
b) Die Ausschlussgründe	65
c) Das Ausschlussverfahren	66
d) Entscheidung über den Verteidigerausschluss	68

IV. Die Vergütung des Verteidigers	68
1. Die gesetzliche Vergütung	68
a) Die gesetzliche Vergütung des Wahlverteidigers	68
aa) Die Kriterien des § 14 RVG	69
(1) Umfang der anwaltlichen Tätigkeit	69
(2) Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit	70
(3) Bedeutung der Angelegenheit	70
(4) Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Auf- traggebers	70
(5) Haftungsrisiko des Anwalts	71
bb) Die einzelnen Gebühren des RVG	71
(1) Die Grundgebühr gem. Nr. 4100 VV RVG	72
(2) Die Verfahrensgebühren	72
(3) Terminsgebühren	72
(a) Termine außerhalb der Hauptverhandlung	72
(b) Hauptverhandlungstermine	73
(4) Zuschläge bei der Verteidigung des inhaftierten Man- danten	73
(5) Erledigungs- oder Befriedungsgebühr (Nr. 4141 VV RVG)	73
b) Die gesetzliche Vergütung des Pflichtverteidigers	74
c) Der Anspruch des Wahlverteidigers auf Zahlung eines Vor- schusses	75
d) Die Pauschalgebühr	77
2. Die Vergütungsvereinbarung	80
a) Die formellen Voraussetzungen der Vergütungsverein- barung	80
b) Der Mindestinhalt der Vergütungsvereinbarung	81
c) Die Arten der Vergütungsvereinbarung	81
aa) Pauschalgebühr	81
bb) Zeitvergütung	82
cc) Kombination von Zeit- und Pauschalvergütung	83
dd) Vereinbarung eines mehrfachen Satzes der gesetzlichen Vergütung	84
d) Das Urteil des BGH vom 27.1.2005 und seine Konsequenzen	84

Teil 2

Verteidigung im Ermittlungsverfahren

I. Der erste Kontakt zum Mandanten und Sofortmaßnahmen des Verteidigers	88
1. Der Mandant „auf freiem Fuß“	88
a) Gegenstand des Mandats	88
b) Information und Beratung des Mandanten	89
aa) Kurzer Exkurs zum Schweigerecht des Beschuldigten ...	90
bb) Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht	90
cc) Ladung zur Vernehmung und zur erkennungsdienstlichen Behandlung	92
(1) Beweisverwertungsverbot bei Verletzung des Vertei- digerkonsultationsrechtes?	93
(2) Geltung des Zweifelssatzes bei dem Nachweis von Verfahrensverstößen?	95
(3) Exkurs: Fernwirkung von Beweisverwertungsverbo- ten.	97
c) Durchsetzung der Anwesenheit des Verteidigers bei der ED- Behandlung	99
2. Kontaktaufnahme zu dem Mandanten in Untersuchungshaft ...	99
a) Besonderheiten des Haftmandats	99
b) Formalien der Mandatsanbahnung beim inhaftierten Mandan- ten	100
c) Belehrung und Beratung des inhaftierten Mandanten	102
3. Kontaktaufnahme zum Mandanten im Polizeigewahrsam	102
a) Beratung des Mandanten über seine Rechte als Beschuldigter	102
b) Fundamental wichtig: Sofortiges Erscheinen des Verteidigers bei der Polizei	103
4. Kontaktaufnahme zu dem „durchsuchten“ Mandanten	103
a) Telefonische Erstberatung des Mandanten	103
b) Verteidigungsmaßnahmen am Durchsuchungsort	105
II. Informationsbeschaffung	108
1. Akteneinsicht	108
a) Zeitpunkt der Akteneinsicht und Rechtsmittel bei ihrer Versa- gung	108
aa) Akteneinsicht als Grundlage einer jeden Verteidigung ..	108
bb) Antrag auf Gewährung von Akteneinsicht	109
cc) Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei Versagung der Akteneinsicht	111

dd) Zulässigkeit der Beschwerde gegen Entscheidungen des erkennenden Gerichts betreffend das Akteneinsichtsrecht?	111
ee) Strategien bei Verweigerung der Akteneinsicht	113
(1) Durchsetzung des Akteneinsichtsrechts beim Vollzug von Untersuchungshaft	113
(2) Durchsetzung der Akteneinsicht bei Beschwerde gegen strafprozessuale Grundrechtseingriffe	115
b) Umfang der Akteneinsicht: Auch Einsicht in polizeiliche „Spurenakten“?	116
c) Behandlung der Akten	117
aa) Exkurs: Mitteilung des Akteninhalts bei drohender Zwangsmaßnahme?	119
bb) Umfang des Aktenauszeuges	119
d) Arbeit mit den Akten	120
2. Der Mandant als Informationsquelle	121
3. Zeugen als Informationsquelle	124
a) Das Recht des Verteidigers auf Befragung von Zeugen	124
b) Der Umgang des Verteidigers mit Zeugen	124
aa) Schriftliche oder mündliche Zeugenbefragung?	124
bb) Zeugenbelehrung und Aufzeichnung der Befragung	126
4. Die Beauftragung von Sachverständigen	128
a) Grundsätzliches	128
b) Psychologische Hürden	128
c) Ermittlung des geeigneten Sachverständigen	128
d) Die Kostenfrage	128
e) Kurzer Exkurs: Das Problem der Schweigepflicht des Sachverständigen	129
5. Sonstige Ermittlungen des Verteidigers	130
III. Verteidigungsziel: Vermeidung einer Hauptverhandlung	131
1. Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens	131
a) Einleitung	131
b) Einstellung mangels hinreichenden Tatverdachts gem. § 170 Abs. 2 StPO	131
aa) Argumentation gegenüber der Staatsanwaltschaft	132
bb) Einlassung im Ermittlungsverfahren	134
cc) Beweisanträge im Ermittlungsverfahren	134
c) Einstellung aus Opportunitätsgründen, §§ 153 ff. StPO	135
aa) Allgemeines	135
bb) Einstellung wegen geringer Schuld gem. § 153 StPO	136
cc) Einstellung gegen Auflagen und Weisungen gem. § 153a StPO	137

dd) Einstellung durch Teilverzicht auf Strafverfolgung gem. §§ 154 f. StPO	139
ee) Einstellung bei Schadenswiedergutmachung gem. § 153b StPO	140
ff) Resümee	140
2. Strafbefehlsverfahren	140
IV. Die Äußerung des Mandanten zur Sache	142
1. Verteidigung durch Reden oder durch Schweigen?	142
2. Der Grundsatz: Schweigen!	143
3. Der schweigende Angeklagte	145
4. Zurechnung von Erklärungen des Verteidigers?	146
a) Verteidigererklärungen in der Hauptverhandlung	146
b) Erklärungen tatsächlicher Art im Verteidigerschriftsatz	147
c) Beweisbehauptungen als Äußerung zur Sache?	147
5. Der teilschweigende Angeklagte	148
6. Zeitpunkt der Äußerung zur Sache	148
a) Weiterer Grundsatz: Vorherige Akteneinsicht	148
b) Äußerung im Ermittlungs- und Zwischenverfahren	148
c) Äußerung in der Hauptverhandlung	149
7. Art und Weise der Äußerung zur Sache	150
a) Äußerung im Ermittlungsverfahren	150
b) Äußerung in der Hauptverhandlung	151
aa) Persönliche Vernehmung des Angeklagten	151
bb) Verlesung einer schriftlichen Einlassung	152
cc) Schriftliche Einlassung als verlesbare Urkunde	153
V. Die Abwehr prozessualer Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren	154
1. Einleitung	154
2. Erkennungsdienstliche Behandlung	156
a) Voraussetzungen	156
b) Prüfung des Zweckes der Maßnahme	157
c) Das Vorgehen gegen die Anordnung der erkennungsdienstlichen Behandlung	158
d) Vernichtung erkennungsdienstlicher Unterlagen	159
e) Sonderproblem: Gegenüberstellung zur Identifizierung	160
3. Durchsuchung und Beschlagnahme	162
a) Verteidigungsaktivitäten bei laufender Durchsuchung	162
b) Rechtsmittel gegen die Durchsuchung	163
4. Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	165

VI. Verteidigung des inhaftierten Beschuldigten	168
1. Grundsätzliches	168
2. Informationsbeschaffung in Haftsachen	168
3. Die Voraussetzungen der Untersuchungshaft und Verteidigungsansätze	169
a) Formell wirksamer Haftbefehl	169
b) Dringender Tatverdacht	171
c) Verhältnismäßigkeit der Untersuchungshaft	174
d) Haftgründe	174
aa) Flucht	174
bb) Fluchtgefahr	175
cc) Verdunkelungsgefahr	177
dd) Schwere der Tat	177
ee) Wiederholungsgefahr	178
ff) Untersuchungshaft im Jugendstrafverfahren	178
4. Rechtsbehelfe gegen Anordnung und Vollzug von U-Haft	179
a) Grundsätzlich: Wann soll der Verteidiger gegen die Untersuchungshaft vorgehen?	179
b) Die Haftprüfung auf Antrag des Beschuldigten	180
c) Die Haftbeschwerde	181
d) Haftprüfung des OLG gem. §§ 121 f. StPO	181
e) Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls im Hauptverfahren	182

Teil 3

Verteidigung im Zwischenverfahren

I. Sinn und Zweck des Zwischenverfahrens	183
1. Die Theorie	183
2. Die Praxis	183
3. Kritik am Rechtsinstitut	183
II. Ablauf des Zwischenverfahrens	184
III. Inhalt der Anklageschrift	185
IV. Folgen der Mangelhaftigkeit der Anklageschrift	187
1. Die Auffassung der h.M. in Rspr. und Lit.	187
2. Kritik	188
V. Entscheidung des Gerichts	189
1. Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	189
2. Eröffnung des Hauptverfahrens	190

VI. Verteidigungsaktivitäten im Zwischenverfahren	190
1. Grundsätzliches	190
2. Einzelne Verteidigungsmaßnahmen im Zwischenverfahren	191
a) Einwände gegen formelle Mängel der Anklage	191
b) Geltendmachung von Verfahrenshindernissen	192
c) Einwände gegen die Subsumtion des Sachverhaltes unter das Strafgesetz	192
d) Einwände gegen den hinreichenden Tatverdacht	192
e) Mitteilung einer (geplanten) Einlassung	193
f) Anregung, das Verfahren aus Opportunitätsgründen einzustel- len	193
g) Beweis Antrag im Zwischenverfahren	194
3. Resümee	194

Teil 4

Verteidigung in der Hauptverhandlung

I. Die Vorbereitung der Hauptverhandlung	195
1. Definition des Verfahrensziels	196
2. Erarbeitung einer Verteidigungsstrategie	196
a) Sockelverteidigung	196
b) Grundlegende Weichenstellung: Strafmaßverteidigung oder Freispruchverteidigung	198
3. Umsetzung der Verteidigungsstrategie bei der Vorbereitung der Hauptverhandlung	200
a) Einreichung einer Verteidigungsschrift	200
aa) Ankündigung Einlassung	200
bb) Darlegung der Verteidigungsargumente	201
cc) Erörterung schwieriger Sach- und Rechtsfragen	201
dd) Beweis anträge	204
ee) Geltendmachung von Beweisverwertungsverböten	205
b) Stellen vorbereitender prozessualer Anträge	206
aa) Einleitung	206
bb) Antrag auf Reisekostenvorschuss	207
cc) Antrag auf Beiziehung eines Dolmetschers	208
dd) Anträge auf Pflichtverteidigerbestellung	208
ee) Anträge betreffend die Terminierung	208
ff) Antrag auf Mitteilungen eines Ladungsplans	211
c) Vorbereitung prozessualer Anträge	212
aa) Einleitung	212
bb) Zuständigkeitsrügen	212
(1) Einführung	212
(2) Sachliche Zuständigkeit	213

(3) Örtliche Zuständigkeit	214
(4) Funktionelle Zuständigkeit	215
(5) Taktische Erwägungen	216
cc) Besetzungsrüge	216
(1) Allgemeines	216
(2) Besetzungsmitteilung und Unterbrechungsantrag zur Prüfung der Besetzung	217
(3) Prüfung der Gerichtsbesetzung	219
(a) Allgemeines	219
(b) Berufsrichter	219
(c) Schöffen	221
(4) Zeitpunkt und Form der Besetzungsrüge	222
(5) Taktische Überlegungen	223
dd) Der Ablehnungsantrag	224
(1) Einleitung	224
(a) Grundsätzliches	224
(b) Abzulehnende Verfahrensbeteiligte	226
(c) Ablehnungsberechtigte	227
(2) Ablehnungsgründe	227
(a) Allgemeines	227
(b) Ablehnung wegen eines gesetzlichen Ausschluss- grundes	228
(c) Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit ..	228
(3) Zeitpunkt des Ablehnungsantrages	230
(a) Zeitpunkt der Ablehnung des ausgeschlossenen Richters	230
(b) Zeitpunkt der Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit	230
(aa) Der Zeitpunkt des § 25 Abs. 1 StPO	230
(bb) „Unverzügliche“ Ablehnung gem. § 25 Abs. 2 StPO	231
(4) Ablehnungsverfahren	234
(a) Ablehnungsantrag	234
(b) Unaufschiebbarer Amtshandlung, § 29 StPO	235
(c) Die dienstliche Äußerung des abgelehnten Rich- ters gem. § 26 Abs. 3 StPO	235
(d) Entscheidung über den Ablehnungsantrag	236
ee) Aussetzungsanträge	240
(1) Allgemeines	240
(2) Aussetzungsantrag wegen Ladungsmängel	241
(a) Nichteinhaltung der Ladungsfrist	241
(b) Mängel bei der Ladung des inhaftierten Ange- klagten	243

(3) Aussetzung wegen Nichtgewährung von Akteneinsicht oder unzureichender bzw. verspäteter Akteneinsicht	244
(4) Wegen verspäteter oder unzureichender Namhaftmachung von Zeugen	245
ff) Anträge zur Sitzordnung	246
gg) Antrag auf Nichtverlesung des Anklagesatzes	248
hh) Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit	250
ii) Beweisanträge	251
d) Beratung des Mandanten in Bezug auf die Hauptverhandlung	251
II. Die Verteidigung in der Hauptverhandlung	252
1. Einführung	252
2. Ablauf der Hauptverhandlung im Überblick	253
3. Verfahrensgrundsätze in der Hauptverhandlung	254
a) Öffentlichkeitsgrundsatz	254
b) Mündlichkeitsgrundsatz	255
c) Unmittelbarkeitsgrundsatz	255
4. Die Verständigung im Strafverfahren - Der Deal	256
a) Einführung	256
b) Das Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren	257
c) Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19.3.2013 ..	260
d) Verteidiger und Verständigung	262
5. Die Verspätung des Verteidigers	262
6. Das äußere Erscheinungsbild des Verteidigers	263
7. Das äußere Erscheinungsbild des Mandanten	264
8. Anwesenheit des Angeklagten	264
a) Grundsatz	264
b) Ausbleiben des Angeklagten	264
c) Ausnahmen von der Anwesenheitspflicht	265
9. Sitzordnung	267
10. Anträge zum Beginn der Hauptverhandlung	270
11. Vernehmung zur Person	271
12. Verlesung des Anklagesatzes	272
13. Das „opening statement“	272
14. Vernehmung des Angeklagten zur Sache und ihre Surrogate ...	273
15. Einführung früherer Erklärungen des Angeklagten in die Beweis-	
aufnahme	273
a) Verlesung von Vernehmungsniederschriften und Vernehmung	
der Verhörsperson	273
b) Beweisverwertungsverbote	274

16. Die Beweisaufnahme	277
a) Grundsätzliches	277
b) Streng- und Freibeweisverfahren	278
c) Gerichtliche Aufklärungspflicht	279
d) Numerus clausus der Beweismittel	280
aa) Der Zeugenbeweis	281
(1) Zeugenbegriff	281
(2) Ausschluss des Zeugenbeweises aufgrund der Ver- fahrensrolle	281
(a) Beschuldigter und Mitbeschuldigter	281
(b) Die weiteren Verfahrensbeteiligten	282
(3) Zeugenpflichten und deren Einschränkungen	283
(a) Erscheinspflicht	283
(b) Aussagepflicht	284
(c) Eidespflicht	285
bb) Sachverständigenbeweis	285
(1) Begriff des Sachverständigen	285
(2) Gegenstand des Sachverständigenbeweises	286
(3) Auswahl des Sachverständigen	287
(4) Ablehnung des Sachverständigen	288
cc) Urkundenbeweis und Augenschein	291
(1) Gegenstand und Unterschied von Urkunden- und Au- genscheinsbeweis	291
(2) Zulässigkeit des Urkundenbeweises – Vorrang des Personalbeweises	292
e) Beweisverwertungsverbote	293
aa) Beweisverbote	293
bb) Unterteilung der Beweisverbote	293
cc) Die „Abwägungslehre“ der Rspr.	294
f) Das Beweisantragsrecht	294
aa) Der Beweisantrag	294
(1) Einleitung	294
(2) Definition des Beweisantrages	296
(3) Die Bestandteile des Beweisantrages	296
(a) Beweistatsache	296
(b) Beweismittel	299
(aa) Sachverständiger	299
(bb) Zeugenbeweis	300
(cc) Urkundenbeweis	301
(dd) Augenscheinsbeweis	302
(c) Die „Konnexität“	302
(4) Bedingter Beweisantrag und Hilfsbeweisantrag	304

bb) Form des Beweisantrages	305
cc) Zeitpunkt des Beweisantrages	306
dd) Beweisermittlungsantrag und Beweisanregung	307
ee) Entscheidung über den Beweisantrag	308
(1) Allgemeines	308
(2) Die Ablehnungsgründe	309
(a) Unzulässigkeit der Beweiserhebung, § 244 Abs. 3 S. 1 StPO	309
(b) Offenkundigkeit der Beweistatsache, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	309
(c) Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	310
(d) Erwiesensein der Beweistatsache, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	310
(e) Völlige Ungeeignetheit des Beweismittels, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	310
(f) Unerreichbarkeit des Beweismittels, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	311
(g) Verschleppungsabsicht, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	311
(h) Wahrunterstellung, § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	312
(i) Ablehnung der Vernehmung eines Sachverständigen, § 244 Abs. 4 StPO	312
(aa) Eigene Sachkunde des Gerichts, § 244 Abs. 4 S. 1 StPO	312
(bb) Ablehnung des Antrages auf Vernehmung eines weiteren Sachverständigen, § 244 Abs. 4 S. 2 StPO	313
(j) Ablehnung der Einnahme eines Augenscheins, § 244 Abs. 5 S. 1 StPO	315
(k) Ablehnung der Vernehmung eines Auslandszeugen, § 244 Abs. 5 S. 2 StPO	315
(l) Präsenten Beweismittel und Selbstladungsrecht	316
g) Verteidigeraktivitäten in der Beweisaufnahme	319
aa) Die Zeugenvernehmung	319
(1) Einführung	319
(2) Zeugenbelehrung	320
(a) Allgemeine Belehrung des Zeugen	320
(b) Belehrung nach § 52 StPO	321
(c) Belehrung von Berufsheimnisträgern (§§ 53, 53a StPO)?	321
(d) Vernehmung von Richtern und Beamten und Aussagegenehmigung nach § 54 StPO	322

(e) Belehrung über das Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO	324
(3) Ablauf der Vernehmung	327
(a) Befragung zur Person	327
(b) Vernehmung zur Sache	328
(aa) Zweiteilung der Vernehmung	328
(bb) Vorhalte	330
(cc) Das Fragerecht	331
(dd) Die Beanstandung von Fragen	333
(4) Das Fragerecht des Verteidigers	335
(a) Befragungstechnik	335
(b) Sonderproblem: Befragung von Polizeibeamten ..	337
(c) Reaktion auf Störungen des Fragerechts	338
(5) Vereidigung und Entlassung des Zeugen	342
bb) Die Vernehmung des Sachverständigen	343
cc) Gegenüberstellungen in der Hauptverhandlung	345
17. Festschreibung von Beweisergebnissen	347
a) Einleitung	347
b) Antrag auf wörtliche Protokollierung	348
c) Der affirmative Beweis Antrag	350
d) Die Einlassung des Mandanten als nach § 249 StPO verlesbare Urkunde	350
18. Der Schlussvortrag (§ 258 Abs. 1, 3 StPO)	350
19. Letztes Wort	353
20. Verteidigung vor und nach der Urteilsverkündung	353

Teil 5

Strafbefehlsverfahren und beschleunigtes Verfahren

I. Strafbefehlsverfahren	355
1. Charakter des Strafbefehlsverfahrens	355
2. Voraussetzungen für den Erlass eines Strafbefehls	355
a) Zulässigkeit	355
b) Zuständigkeit	356
c) Festsetzbare Rechtsfolgen	356
3. Inhalt des Strafbefehls	356
4. Verfahrensablauf	357
5. Einspruch	358
6. Hauptverhandlung nach Einspruch	359
7. Übergangsmöglichkeiten von der Hauptverhandlung ins Strafbefehlsverfahren	361
8. Vor- und Nachteile des Strafbefehlsverfahrens	361
9. Verteidigungsgrundsätze im Strafbefehlsverfahren	362

II. Das beschleunigte Verfahren	363
1. Allgemeines	363
2. Zulässigkeit	364
3. Eignung	364
4. Form	365
5. Gericht	365
6. Ladung, Hauptverhandlung und Rechtsmittel	366
7. Hauptverhandlungshaft	367
8. Resümee	367

Teil 6

Verteidigung im Rechtsmittelverfahren

I. Allgemeine Grundsätze	368
1. Zulässigkeit des Rechtsmittels	368
a) Statthaftigkeit	368
b) Beschwer	369
aa) Beschwer der Staatsanwaltschaft	369
bb) Beschwer des Beschuldigten/Angeklagten	369
c) Frist und zuständiges Gericht	370
d) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	370
e) Begründung des Rechtsmittels	371
2. Vorsorgliche und unbestimmte Einlegung von Rechtsmitteln gegen Urteile	372
3. Wirkung der Rechtsmittel	374
4. Verbot der reformatio in peius	374
5. Beschränkung des Rechtsmittels	374
6. Rücknahme und Verzicht	375
7. Wahl des Rechtsmittels gegen ein Urteil	376
II. Beschwerde	378
1. Statthaftigkeit	378
2. Statthaftigkeit der Beschwerde gegen Entscheidungen des erkennenden Gerichts	378
a) Akteneinsicht	378
b) Terminverlegung	379
c) Pflichtverteidigung	379
3. Zuständigkeit	380
4. Einlegung der Beschwerde	380
5. Entscheidung	381
6. Sofortige Beschwerde	381
7. Weitere Beschwerde	381

III. Berufung	382
1. Vorbereitung des Berufungsverfahrens	382
2. Berufungsbegründung und Zeitpunkt der Beschränkung der Berufung	383
3. Berufungshauptverhandlung	384
a) Ausbleiben des Angeklagten	384
b) Vortrag des Berichterstatters und Verlesung des Urteils erster Instanz	386
c) Beweisaufnahme	386
d) Schlussvortrag	387
IV. Revision	388
1. Beratung des Mandanten	388
2. Zulässigkeit der Revision	389
a) Statthaftigkeit	389
b) Beschwerde	389
c) Frist und Form der Revisionseinlegung	389
d) Frist und Form der Revisionsbegründung	390
3. Die Revisionsbegründung	391
a) Der Revisionsantrag	391
b) Die Revisionsgründe	391
aa) Verfahrensrüge	392
bb) Relative Revisionsgründe	393
cc) Absolute Revisionsgründe	393
dd) Sachrüge	395
4. Die Entscheidung des Revisionsgerichts	398
a) Beschluss	398
aa) Beschluss durch den iudex a quo	398
bb) Beschluss durch das Revisionsgericht	398
b) Urteil	398
c) Inhalt der Entscheidung	398
<i>Literaturverzeichnis</i>	401
<i>Stichwortverzeichnis</i>	415